

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag
31. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Docuents-Verlag GmbH,
Berlin S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2500-2507

Massenunglück bei der Reichswehr.

Eine Pontonbrücke eingestürzt. — Hundert Soldaten ertrunken.

Detmold, 31. März. (WZ.) An der Obermeier zwischen Vellheim und der Stadt Hausberge fand heute morgen eine große Felddienübung der Reichswehr statt. Im Verlaufe dieser militärischen Übung ereignete sich ein schreckliches Massenunglück. Eine von den Pionieren über die Weser gebaute Brücke stürzte gerade in dem Augenblick ein, als sie von großen Truppenverbänden passiert wurde. Die Soldaten, die in vollkommen feldmarchmäßiger Ausrüstung waren, stürzten ins Wasser und sind fast sämtlich ertrunken. Die Zahl der Opfer wird in den ersten Meldungen auf fünfzig bis hundert geschätzt. Nähere Mitteilungen fehlen bis zur Stunde.

Das Wahlergebnis im Reich.

Endgültige Zahlen.

Nachdem nunmehr beim Reichswahlleiter die Ziffern aus den noch fehlenden kleinen Wahlbezirken eingelaufen sind, stellt sich das vorläufige amtliche Wahlergebnis der Reichspräsidentenwahl wie folgt:

Abgegebene gültige Stimmen: 26 856 002.

Braun	7 798 346
Held	1 006 790
Hellpach	1 567 197
Jarres	10 498 365
Ludendorff	284 975
Marg	3 884 677
Thimann	1 871 207
Zerschmeltz	54 245

Die endgültigen Ziffern bringen nur verhältnismäßig geringe Verschiebungen gegenüber den gestern veröffentlichten vorläufigen Zählungen.

Zusammentritt des Parteiausschusses.

Der Sozialdemokratische Parteiausschuss tritt am Donnerstag, den 2. April, nachmittags 3 Uhr zu einer gemeinsamen Tagung mit der Reichstagsfraktion im Reichstage zusammen.

Marx wieder Kandidat.

Beschluß des Zentrums.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums trat heute mittag im Landtag zusammen und beschloß einstimmig, für den zweiten Wahlgang den preußischen Ministerpräsidenten Marx als Präsidentschaftskandidaten wieder aufzustellen. Eine besondere Kommission wurde eingesetzt, die die Wahlarbeiten zu leisten hat.

Landtagsauflösung?

Im Preussischen Landtag sind heute vormittag um 11 Uhr sämtliche Fraktionen zusammengetreten, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Der Ältestenrat wird sich um 1 Uhr versammeln, um darüber zu beraten, ob die für heute vorgesehene Wahl des Ministerpräsidenten bis nach erfolgter Reichspräsidentenwahl vertagt werden soll. Ferner wird er die Frage erörtern, ob eine Auflösung des Landtags schon in dieser Woche erfolgen soll, damit die Neuwahl gegebenenfalls schon am 26. April gleichzeitig mit der Reichspräsidentenwahl erfolgen kann.

Die Sorgen der andern.

Die Angst vor der republikanischen Kandidatur.

Das Studium der Rechtspresse nach dem Wahreinsfall gewährt ein seltenes Vergnügen. Mit Statistiken kann man bekanntlich vieles, manchmal sogar alles beweisen. Aber das setzt doch voraus, daß die Statistiken nicht nachgeprüft werden können. Leider besteht eine solche Möglichkeit bei den Wahlergebnissen aber doch. So wird denn wohl die Rechtspresse ihre Versuche, Herrn Jarres als den Mann hinzustellen, der sogar noch Stimmen gewonnen habe, bald aufgeben. Sie ist überhaupt in diesem Punkte bis auf einige Ausnahmen etwas schweigsam. Nur die „Zeit“ ist nach wie vor von offiziösem Stresemann-Optimismus erfüllt und schimpft fürchterlich auf die Antrigen gegen die Kandidatur Jarres. Sie tut so, als ob sie damit die Linke meint, sie will aber natürlich die Kreise treffen, die im Rechtsblock etwas nüchtern mit dem Rechenstift in der Hand zu dem Ergebnis gekommen sind, daß Jarres das Rennen nicht machen wird. Die „Zeit“ versichert, daß der Rechtsblock „unter allen Umständen an der Kandidatur Jarres festhalten“ werde, daß man nicht im eiferntesten daran denke, die „im ersten Wahlgang so glänzend bewährte Kandidatur Jarres zugunsten irgendeiner anderen ganz unsicheren Kombination aufzugeben“. Wahrscheinlich kommt das daher, weil die Trauben einer „anderen Kombination“ ein wenig zu hoch hängen. Daß die Strategen des Rechtsblocks eine andere Kombination sehr ernsthaft überlegen, zeigt der „Lokal-Anzeiger“, der berichtet:

„Heute wird auch der Rechtsblock zusammentreten, um über die Lage zu beraten. Er wird die Ergebnisse des ersten Wahlganges mit größter Sorgfalt nachprüfen und selbstverständlich an dem Versuch, einem Gedanken der Ueberparteilichkeit für die Wahl des Reichs-

präsidenten am 26. April zum Siege zu verhelfen, mit allen Kräften festhalten. Er kann den Mandatvern der Linksparteien mit voller Ruhe entgegensehen.“

Um so größer sind die Sorgen, die sich die bedauernden Rechtsblockmänner um die Zukunft der republikanischen Parteien machen. Mit Vergnügen sieht man die Leitartikel der Hugenberg-Presse sich in sozialdemokratische Parteistrategen verwandeln, die aus ihrer tiefen Kenntnis und ihrem großen Verständnis für die Sozialdemokratie heraus die einzig richtigen Schlüsse für unsere kommende Haltung ziehen. Man wird wirklich die Herrschaften bitten müssen, in Zukunft an den Beratungen sozialdemokratischer Parteiausschüsse teilzunehmen. Wer könnte es verantworten, so viel Wohlwollen und so viel gute Ratschläge unbeachtet zu lassen. Die schwarzweihrote „Deutsche Zeitung“ ist allerdings schon wieder etwas giftig geworden. Sie phantasiert vom „Kuhhandel der Linken“. Das Wort „Kuhhandel“ lag ihr sicher besonders nahe, weil sie die Erinnerung an die vierzehntägigen Verhandlungen des Voedell-Ausschusses noch nicht ganz verloren hatte. Wir fürchten nur, daß die sorgenvolle Anteilnahme der Rechts an unserem Wohlergehen sich sehr bald in schmerzliche Enttäuschung verwandeln wird, wenn Herr Dr. Jarres sich einem republikanischen Kandidaten gegenüberüberlegen wird.

Die „Germania“ tritt heute morgen in einem Leitartikel offiziell für Marx ein. Sie sieht in dieser Kandidatur eine Garantie der Fortführung der bisherigen deutschen Politik. Sie meint, daß die verfassungstreuen Parteien keine Lust haben, sich der Zumutung zu unterwerfen, „in einer Staatsform auf Abbruch zu leben“. Sie erteilt noch einmal der Kandidatur Jarres eine unzweideutige Ablehnung:

„Das Zentrum fühlt offenbar, was es hieße, einen Präsidenten zu wählen, der nicht nur persönlich zum Verfallswort von Weimar ein frohgesagtes Verhältnis hat, sondern dem seine bis zu den Wotans-unbekerten reichende Anhängererschaft direkt zumute, die demokratische und republikanische Verfassung als ein vorübergehendes Interim zu behandeln und darüber hinaus die mit schwerer Mühe dem nationalen Leben gewonnene Sozialdemokratie nach Biomärkischen Rezepten als den inneren Feind zu betrachten und zu behandeln. In dem Begriff allein des „nationalen“ Vagern, der alles, was nicht zu ihm gehört und gehören kann, als bewußt vaterlandsfeindlich in Verzug zu bringen sucht und mit dem Rainszeichen der internationalen Staatsfeindschaft stempelt: in ihm allein liegt schon eine ungeheuerliche Ueberhebung, ja eine Art Bürgerkriegsstimmung.“

Die „Germania“ kommt vielmehr zu dem Ergebnis, daß auch ein den Reihen des Zentrums entnommener republikanischer Sammeltandidat der Sozialdemokratie annehmbar sein muß. Die Sozialdemokratie könne mit Recht verlangen,

„daß der bürgerliche Kandidat, dem die Repräsentanz der deutschen Nation für die nächsten sieben Jahre übertragen wird und von dessen Haltung die Eingliederung des Reiches unter die wegweisenden Demokratien Europas und des Planeten wesentlich abhängt, kein Klassenkämpfer von oben, kein unverschämter Wirtschaftsmonopolist sei; daß er den Willen zur Harmonisierung der natürlichen Gegensätze innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Welt habe; daß er den Aufstieg aller Begabten aus dem Volke in Ämter und Würden bei der ihm verfassungsgemäß zustehenden Kenterpatronage nicht hemmen werde; daß er nicht daran denke, dem Moloch des überliefernten obrigkeitlichen Bürokratismus zu opfern; daß er, vor allem, der geschworene Feind aller außenpolitischen Missionen sei und den Willen zur Veröhnung unter den europäischen Völkern um der Rettung des Erdteils willen nicht bloß als Lippenbekenntnis betätigen werde.“

Jedenfalls werden die nächsten Tage sicher bereits eine Entscheidung bringen und bei aller Anerkennung für die liebenswürdige Fürsorge, die die Rechtsblockpresse für das Wohlergehen der Sozialdemokratie an den Tag legt, erhebt es kaum wahrscheinlich, daß die einzige Hoffnung der Rechten, die Hoffnung auf eine angebliche Verwirrung der Linksparteien in Erfüllung gehen könnte.

Wieder ein Landesverratsprozeß.

Zuchthaus für einen polnisch-deutschen Arbeiter.

Breslau, 21. März. (WZ.) Der 1. Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verurteilte den 45-jährigen Grubenhauer Peter Bronobis aus Beuthen (Oberschlesien) wegen versuchten Landesverrats unter Ausschluss mildernder Umstände zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Zuchthausstrafe von Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte, der deutscher Staatsangehöriger ist, war im polnischen Konsulat in Beuthen ständiger Gast. Er hatte angeblich in wiederholten Fällen Kollegen anwerben wollen, um für das polnische Konsulat wichtige militärische Nachrichten zu schaffen, deren Geheimhaltung im Interesse des Deutschen Reiches lag.

Das neue haitische Kabinett ist gebildet worden. Die Hauptposten sind folgendermaßen besetzt: Ministerpräsident: Tuleshelmo (Konseroaito); Außenminister: Toman; Verteidigung: Campen; Finanzen: Kelander. Dem Kabinett gehören an fünf Mitglieder der Koalition, fünf Agrarier und drei Sozialisten.

Es ist zu Ende.

Der Zusammenbruch der Kommunistischen Partei.

Die Position der Kommunistischen Partei in der Arbeiterschaft ist endgültig erschüttert. In ihren stärksten Bezirken bricht sie zusammen. Seit dem 4. Mai 1924 hat sie eine Niederlage erlitten, von der es keine Erholung mehr gibt. Die Ziffern des Wahlergebnisses sprechen so laut, daß sie keiner überhören kann.

In der „Roten Fahne“ bemüht sich trotzdem Herr Arthur Rosenberg, das niederschmetternde Ergebnis der Wahl für die Kommunisten zu beschönigen. Er schreibt:

„Bedeutet diese Ziffern, daß der Einfluß der KPD auf die Arbeiterschaft zurückgegangen ist, während der Einfluß der SPD verhältnismäßig zugenommen hat? Haben wir also eine Niederlage erlitten? Selbstverständlich wird niemand leugnen, daß unsere Stimmenzahl gegenüber dem 7. Dezember unbefriedigend ist. Aber ebenso verkehrt wäre die Auffassung, daß unser Stimmenverlust eine Erschütterung der kommunistischen Position im Proletariat darstelle. Es ist Pflicht unserer Genossen, allen Verdrehungen der Tatsachen in dieser Beziehung energig entgegenzutreten.“

Es wäre besser gewesen, die Kommunisten hätten das Wahlergebnis nicht durch einen Privatdozenten für alte Geschichte, sondern durch einen Statistiker mit politischem Fingerpiengefühl würdigen lassen, durch einen Statistiker, der den Tatsachen ruhig ins Auge sieht und sich nicht vor ihnen scheut, selbst wenn sie eine harte, brutale, niederschmetternde Sprache sprechen. Nicht Illusion sondern realistische Anschauung gebührt diesem Wahlergebnis — so wie es Sinowjew in Moskau in seiner letzten Rede, die eine Abjage an die Weltrevolution war, proklamiert hat.

Haben die Kommunisten eine Niederlage erlitten? Ist ihre Position im Proletariat erschüttert? Wir antworten darauf zur Belehrung der kommunistischen Arbeiter der „Roten Fahne“ nicht mit allgemeinen Deklamationen, sondern mit statistisch feststehenden Tatsachen. Wir prüfen die Entwicklung der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei vom 4. Mai über den 7. Dezember bis zum 20. März in folgenden Bezirken: Groß-Berlin (Wahlkreis Stadt Berlin, Potsdam I, Potsdam II), Hamburg, Mitteldeutschland (Wahlkreis Halle-Hamersburg), Westfälische Industrieregion (Wahlkreis Westfalen-Süd, Westfalen-Nord, Düsseldorf-West, Düsseldorf-Ost). Das sind die Bezirke, in denen die industrielle Arbeiterschaft dicht gedrängt wohnt. Das waren zur Zeit der Wahlen, als die Arbeiterschaft noch unter dem Eindruck der Inflationsverwirrung stand, die Hochburgen der Kommunisten. Dort war der Sitz der radikalen linken Kommunisten. Von dort aus eroberten sie die Zentrale der Kommunistischen Partei. Von dort aus kam der Ruf nach der Bolschewisierung der Kommunistischen Partei.

Welche Entwicklung hat sich in diesen Bezirken vollzogen? Wir geben zunächst eine Zahlenzusammenstellung für Groß-Berlin:

Groß-Berlin.			
Berlin-Stadt, Potsdam I, Potsdam II			
	4. Mai	7. Dezember	20. März
Sozialdemokraten	578 659	887 000	945 547
Prozent der Gesamtstimmen	20	30	34
Kommunisten	471 512	432 176	349 489
Prozent der Gesamtstimmen	18	15	12
Die Sozialdemokratie gewann:			
vom 7. Dez. bis 20. März	58 407	82 687	
vom 4. Mai bis 20. März	366 868	122 623	

Die Sozialdemokratie hat seit dem 4. Mai in Groß-Berlin dreimal soviel Stimmen gewonnen wie die Kommunisten verloren haben. Die Steigerung ihres Anteils an der Gesamtstimmenzahl von 20 Proz. auf 34 Proz. zeigt, daß sie die Massenpartei der Arbeiterschaft ist. Das Proletariat der Reichshauptstadt folgt ihren Fahnen. Diese Entwicklung vollzieht sich am Sitz der kommunistischen Zentrale, im Gebiet einer kommunistischen Parteiorganisation, die sich selbst für eine der besten und schlagfertigsten hält. Diese Zahlen zeigen aber auch noch ein weiteres: Rechnet man die Anteile der sozialdemokratischen und der kommunistischen Stimmen an der Gesamtstimmenzahl zusammen, so ergibt sich, daß trotz des Rückganges des kommunistischen Anteils von 18 Proz. auf 12 Proz. der Anteil beider zusammengerechnet, von 38 Proz. auf 46 Proz. gestiegen ist. Die Sozialdemokratie, die Massenpartei der Arbeiterschaft, steigert den politischen Einfluß der Arbeiterschaft in raschem Tempo.

Ähnlich wie in Groß-Berlin liegen die Verhältnisse in Hamburg und in Mitteldeutschland. Dafür geben wir die folgenden beiden Tabellen:

Diese großen industriellen Bezirke bildeten das Rückgrat der Kommunistischen Partei. Sie waren ihre Hoffnung. Dort arbeitete ihr Organisationsapparat fleißig. Dortin entfaltete sie ihre besten Organisatoren und Agitatoren. Die Niederlage der Kommunisten in diesen Bezirken ist entscheidende Niederlage für die Gesamtpartei. Wer Tatsachen sehen und zur Grundlage seines Urteils machen will, muß die Entwicklung in diesen Bezirken nachprüfen.

Saahburg.

	4. Mai	7. Dez.	29. März
Sozialdemokraten	178 587	208 481	214 257
Prozent der Gesamtstimmen	27,5	32	36
Kommunisten	114 865	90 250	67 577
Prozent der Gesamtstimmen	18	14	11

Die Sozialdemokratie gewann: Die Kommunisten verloren:
vom 7. Dez. bis 29. März 10 826 22 678
vom 4. Mai bis 29. März 40 670 46 788

Halle-Merseburg.

	4. Mai	7. Dez.	29. März
Sozialdemokraten	110 971	185 078	143 420
Prozent der Gesamtstimmen	15	18,5	21,5
Kommunisten	183 881	163 617	136 896
Prozent der Gesamtstimmen	25,5	22,5	20

Die Sozialdemokratie gewann: Die Kommunisten verloren:
vom 7. Dez. bis 29. März 8 842 26 721
vom 4. Mai bis 29. März 32 449 46 985

Das Verhältnis in Hamburg ist besonders interessant. Dort haben seit dem 4. Mai die Kommunisten rund 46 000 Stimmen verloren, die Sozialdemokratie aber hat rund 40 000 Stimmen gewonnen. Es handelt sich nicht darum, daß kommunistische Arbeiter der Wahl fernblieben, sondern um eine Zurückgewinnung der kommunistischen Arbeiter durch die Sozialdemokratie. In Halle-Merseburg hatten noch am 4. Mai die Kommunisten rund 72 000 Stimmen mehr als die Sozialdemokratie, heute ist die Sozialdemokratie den Kommunisten um 7000 Stimmen voran.

Am drastischsten aber zeigt sich die allgemeine Entwicklungstendenz im westlichen Industriegebiet. Hier war die stärkste Position der kommunistischen Partei. Hier empfanden die Massen den ungeheuren Druck der Schwerindustrie am härtesten. Zum Druck eines brutalen Unternehmertums kam der Druck der Besatzungsmächte. Die staatliche Organisation war unter der feindlichen Besatzung aufgelöst. Die Inflation trieb die Massen der Bergarbeiter und Industriearbeiter zur Verzweiflung. So war der Boden bereitet für den Bolschewismus der kommunistischen Partei. Die Bevölkerung nahm in großem Maße die wahnwichtigen Illusionen und Phrasen der kommunistischen Partei auf. Aus dieser Stimmung heraus trug noch am 4. Mai die kommunistische Partei einen unerkennbaren Erfolg über die Sozialdemokratie im westlichen Industriegebiet davon. Fast 200 000 Stimmen mehr als die Sozialdemokratie brachte sie auf. Heute hat die Sozialdemokratie in diesem Gebiet 450 000 Stimmen mehr als die kommunistische Partei. Ein völliger Umschwung ist eingetreten. Darüber unterrichtet die folgende Tabelle:

Westliches Industriegebiet.

	4. Mai	7. Dezember	29. März
Sozialdemokraten	578 140	818 506	824 749
Prozent der Gesamtstimmen	14,2	19,7	22,4
Kommunisten	785 492	581 178	377 171
Prozent der Gesamtstimmen	18,8	12,8	9,2

Die Sozialdemokratie gewann: Die Kommunisten verloren:
vom 7. Dez. bis 29. März 8 268 154 006
vom 4. Mai bis 29. März 246 609 388 321

Die Sozialdemokratie hat im Industriegebiet seit dem 4. Mai rund 250 000 Stimmen gewonnen, die Kommunisten aber haben rund 390 000 Stimmen verloren. Im übrigen zeigen die Verhältnisse im Industriegebiet in noch

schärferer Form dieselbe Tendenz wie in Berlin, Hamburg und Mitteldeutschland.

Faßt man die Wahlergebnisse der hier im einzelnen behandelten Gebiete zusammen, so ergibt sich ein Gesamtbild, das eine eindeutige, auf feste Tatsachen gegründete Antwort auf die Fragen der „Roten Fahne“ gibt: Haben die Kommunisten eine Niederlage erlitten? Ja die Position der kommunistischen Partei im Proletariat erschüttert? Die folgende Tabelle gibt das Gesamtbild der Entwicklung in den großen deutschen Industriegebieten:

Die großen Industrie-Gebiete.

	Groß-Berlin, Hamburg, Mitteldeutschland, Westn.	4. Mai	7. Dezember	29. März
Sozialdemokraten	1 441 887	2 042 168	2 127 983	
Prozent der Gesamtstimmen	17,4	24,1	27,5	
Kommunisten	1 595 250	1 217 219	931 133	
Prozent der Gesamtstimmen	18,8	14,4	12	

Die Sozialdemokratie gewann: Die Kommunisten verloren:
vom 7. Dez. bis 29. März 85 818 286 088
vom 4. Mai bis 29. März 686 596 604 117

Noch am 4. Mai hatte in diesen großen deutschen Industriegebieten die kommunistische Partei fast 100 000 Stimmen mehr als die Sozialdemokratie. Heute zählt die Sozialdemokratie in diesen Gebieten 1 200 000 Stimmen mehr als die kommunistische Partei. Vom 7. Dezember bis zum 29. März hat die Sozialdemokratie 85 000 Stimmen gewonnen, die Kommunisten aber 286 000 Stimmen verloren. Ist das keine Niederlage?

Vom 4. Mai bis zum 29. März aber zeigt sich ein völliger Umschwung. Vom 4. Mai bis zum 29. März verliert die kommunistische Partei in den deutschen Industriegebieten 604 000 Stimmen, die Sozialdemokratie aber gewinnt 690 000 Stimmen. Das bedeutet, daß die Sozialdemokratie nicht nur kommunistische Stimmen zurückeroberd hat, sondern noch weit darüber hinaus angewachsen ist. Die Sozialdemokratie ist die Massenpartei der Arbeiterschaft, der die Zukunft gehört.

Faßt man schließlich die Wahlergebnisse im ganzen Reich ins Auge, so ergibt sich folgendes: Die Kommunisten verlieren rund eine Million Stimmen. Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmenzahl behauptet, trotzdem die Wahlbeteiligung um 11 Proz. zurückgegangen ist. Die Gesamtheit ihrer Anhänger ist von diesem Rückgang ebenso betroffen worden wie die aller anderen Parteien. Das bedeutet, daß in diesem Wahlgang die Sozialdemokratie zum Kreis ihrer Wähler vom 7. Dezember noch fast eine Million neuer Wähler hinzugeworben hat. Die Million Wähler, die sich von den Kommunisten abgewendet hat, ist nicht ins Lager der Indifferenten gegangen, sondern ist zum großen Teil zur Sozialdemokratie zurückgekehrt.

Die Antwort der Tatsachen ist laut und vernehmlich. Wir hoffen, daß die kommunistischen Arbeiter sie besser verstehen als ihre Führer und ihre Presse. Die kommunistische Partei hat eine entscheidende Niederlage erlitten. Nach einer solchen Niederlage gibt es kein Aufwärtwärts mehr. Es handelt sich nicht um Zufälligkeiten. Es handelt sich auch nicht darum, daß der Parteiapparat der Sozialdemokratie besser ist als der der kommunistischen Partei. Es handelt sich darum, daß die kommunistische Partei eine unmögliche Politik gegen die Interessen der Arbeiterschaft getrieben hat. Die Antwort auf diese unmögliche Politik hat sie aus den großen industriellen Bezirken Deutschlands erhalten. Die Sozialdemokratie, die wahrhaft Arbeiterpartei betreibt, ist in unaufhaltsamem Vormarsch. Die kommunistische Partei bricht zusammen.

Erste Arbeit für das Wohl und die Zukunft der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes, das ist es, was die industrielle Arbeiterschaft Deutschlands will, geschlossener Kampf gegen die politische und soziale Reaktion, nicht

Zerstörung der Arbeiterfront und kommunistische Phrasen! Mögen die Kommunisten, die auch am 29. März noch den kommunistischen Parolen gefolgt sind, dem Beispiel ihrer einsichtigeren Kameraden folgen! Reicht Euch ein in die große sozialdemokratische Front!

Verschleppung in Magdeburg.

Massenproduktion von Beweisunterlagen.

Die Taktik der Verteidiger des öffentlichen Verstandes in Magdeburg geht darauf hinaus, das Gericht und die Öffentlichkeit zu ermitteln, durch immer neue Beweisunterlagen von dem Kernpunkt des ganzen Verfahrens abzulenken, immer neue, ausschließlich politische Probleme in den Kreis der Erörterung zu stellen, um dadurch schließlich eine völlige Vermischung des klaren Tatbestandes herbeizuführen.

Daß das Gericht diesem Antragslieber so völlig freien Lauf läßt, zeugt von einer geradezu bewundernswürdigen Langmut, die fast den Verdacht aufkommen läßt, als ob die Massenproduktion von Beweisunterlagen einzelnen Richtern nicht unangenehm wäre!

Heute beantragte Rechtsanwalt Luetgebrune die Ladung des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis und seines Kanzleischefs, der Staatssekretäre Kühmann und Zimmermann, einiger Generale und Adjutanten, Georg Ledebours und einer Schriftstellerin Koska.

Die Staatsanwaltschaft erklärte, sie werde eine umfangreiche Antwort auf die Beweisunterlagen vorbereiten. Entschieden wurde noch nichts.

Dann wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen und zunächst Kriminalassistent Otto Rhein-Berlin gehört, der im Kriege in der politischen Polizei in Berlin tätig war. Der Zeuge hat an der Treptower Versammlung teilgenommen und schilderte den Verlauf der Versammlung: Ebert sprach zuerst gegen den Streik und wurde deswegen beschimpft. Von den Arbeitern, die zur Versammlung zogen, wurde gefordert, daß die Partei den Befehl gegeben habe, Stellungsbefehle nicht Folge zu leisten. Ebert erklärte auf Jurufe, daß die Partei dafür sorgen werde, daß Stellungsbefehle nicht durchgeführt werden. Vorl.: Sie haben also nicht gehört, daß Ebert aufforderte, sich nicht zu stellen? Zeuge: Nein. Die Parole, den Stellungsbefehlen nicht zu folgen, sei von Dunkelmännern ausgegangen, die bei jedem Streik im Hintergrunde bleiben. Vorl.: Wissen Sie, ob Hauptmann von Beerfelde im Sommer 1918 zur U.S.P. gehörte? Zeuge: Es ging das Gerücht umher, daß während des Streiks Beerfelde mit der U.S.P. in Verbindung stand.

Kriminalassistent Jolley war ebenfalls von der politischen Polizei zur Überwachung der Treptower Versammlung bestimmt worden, weiß sich jedoch der Rede des verstorbenen Reichspräsidenten nicht mehr zu erinnern. Der Zeuge hat dem Abgeordneten Dittmann am Tage der Versammlung das Reden eifrig überhört.

Agent Paul Krause arbeitete an der Eisenbahn mit dem Zeugen Eyrig zusammen. Der Zeuge schilderte Eyrig als einen politisch linksstehenden Mann. Anlässlich des Eisenbahnstreiks kam Eyrig auch auf den Munitionsarbeiterstreik zu sprechen und habe erklärt, daß Ebert die Bewegung abgewürgt habe. Kein Streik könne durchkommen, in den die SPD. sich hineinmische. Eyrig meinte offenbar, daß der Streik gelungen wäre, wenn Ebert nicht gesprochen hätte.

Der hierzu vernommene Zeuge Eyrig bestritt, sich in dem Sinne geäußert zu haben, A. A. Martin: Herr Krause, sind Ihnen von der SPD. Vorteile versprochen worden? Zeuge: Nein, gesehen kam ein Herr von der Deutschnationalen Volkspartei und fragte, ob ich nicht in die Partei eintreten wolle. Ich habe mich hier freiwillig gemeldet, weil man den Eyrig hier nicht schwindeln lassen kann, daß sich die Bäume biegen.

Der folgende Zeuge, Hermann Lüdtke, war 1918 in der Spandauer Geschützfabrik tätig und gehörte dem Arbeiterausschuß an.

Die Luftfahrtverhandlungen.

Verschiedene Pressemeldungen behaupten, daß die Reichsregierung bereit sei, für eine etwaige Erhaltung der Friedrichshafener Luftschiffhalle eine Ueberlissungenehmigung für französische Flugzeuge über deutsches Gebiet zu gewähren. Von zünftigster Stelle wird diese Meldung als festlicher Grundlage entbehrend bezichtigt. Die bisher in der Presse über den Fortgang der Pariser Luftfahrtverhandlungen erschienenen Nachrichten sind fast durchweg unrichtig. Es haben bisher nur informatorische Besprechungen stattgefunden.

Ordnung muß sein!

Von Peter Michel.

Der Straßenbahnwagen gleitet im großen Halbkreis einer Haltestelle entgegen. Der Schaffner, der auf der Plattform steht, lehnt die Tür zum Wageninnern ein wenig auf und ruft laut: Wundener Platz! Dann packt er mit der linken Hand die senkrechte Metallstange neben der Zugangsstufe, macht eine kurze Drehung und hängt den Oberkörper über den Wagentand. Er hält Ausschau, ob vorn bei der Haltestelle Fahrgäste warten. Die Straße ist leer. Er dreht sich wieder zurück, wirft einen Blick nach hinten durch die Scheibe, sieht die Insassen der Plattform der Reihe nach an, und da denken und draußen keiner Anstalten macht, abzustiegen, gibt er auch kein Klingelzeichen nach vorn zum Führer, sondern läßt den Wagen an der Haltestelle vorüberfahren.

Auf einmal fragt ein hagerer Herr mit kurzem, energisch gestutztem Schnurrbart und stechenden Augen hinter den Brillenrahmen, der bei jedem Rütteln des Wagens mit seinem schwarzen Ueberzieher den Mantel des Schaffners streift: „Warum lassen Sie mich halten?“

Der Schaffner: „Hätten Sie mir gesagt, daß Sie absteigen wollen...“

Der Herr: „Wozu brauche ich Ihnen das erst mitzuteilen. Bei einer Haltestelle haben Sie zu halten, das ist doch selbstverständlich!“

Der Schaffner: „Wenn aber keiner auf- oder absteigen will...“

Der Herr: „Woher können Sie wissen, daß ich nicht absteigen will? Habe ich es Ihnen vielleicht gesagt? Ich bin mir dessen nicht bewußt!“

Der Schaffner: „Aber Sie hätten mir doch sagen können...“

Der Herr: „Ach, ich muß wohl erst kniefällig bitten oder ein schriftliches Gesuch einreichen, damit Sie sich die Mühe machen, die Klingel in Bewegung zu setzen?“

Der Schaffner: „Wenn Sie wünschen...“

Der Herr: „Ich wünsche nicht, ich verlaßge! Ich habe das gute Recht zu verlangen. Dafür habe ich bezahlt. Und Sie haben die Pflicht, bei einer Haltestelle zu halten. Dafür werden Sie bezahlt!“

Jetzt mißt sich ein anderer, einfach gekleideter älterer Mann in das Gespräch. Er bemerkt ruhig: „Im Wagen auf einem Schild steht, die Fahrgäste möchten ihre Absicht, auszustiegen, dem Schaffner vorher mitteilen.“

Der Herr: „Ach ja, damit die Herren Arbeiter (hier spielt er den Zwischenredner mit seinen Blicken förmlich auf) bloß keinen Handgriff zupiel machen! Na, es werden auch wieder andere Zeiten kommen! Gott sei Dank!“

Als wollte er der Brust Raum schaffen für den Sichseufzer der Befriedigung, den ihm die Gewißheit der bevorstehenden „anderen Zeiten“ entlockt, öffnet er den obersten Knopf seines Ueberziehers. Am Knodausschlag wird ein schwarzweißrotes Bändchen sichtbar.

Anzweifeln hat der Schaffner, um dem Streik ein Ende zu machen, rasch hintereinander mehrere kurze Klingelzeichen nach vorn zum Führer geschickt. Die Räder beginnen in den Schienen zu kreischen, und mit einem Knack, der den hageren Mann beinahe auf die Kasse wirft, steht der Wagen mitten auf der Strecke.

„Bitte sehr!“ sagt der Schaffner höflich.

Der Herr tut, als höre er nichts.

„Bitte sehr!“ wiederholt der Schaffner dringlicher, „Sie wollten doch aussteigen!“

Da richtet sich der hagerer Herr hoch auf, sieht den Beamten ganz erstaunt an und antwortet: „Wieso? Habe ich davon ein Wort gesagt? Ich fahre mit bis zur Endstation. Aber Ordnung muß sein!“

Volksbühne: Drei neue Niederzylinder. Jedes der drei Werke scharf profiliert: Max Ellingers „Aus der Wälder Liebesgarten“, 12 Gefänge für eine Violine und Klavier, von einer großen, weitgeschwungenen Melodie, die auf dem Grunde einer fein abgetasteten Klavierpartie, eines feinnaligen und empfindlichen Reizes von Tönen, Motiven und Akkordpaarungen ruht. Ganz anders Paul Schramms Zyklus von 11 Gefängen für Bariton, der den Schwerpunkt ins Klavier verlegt, die freie Diktion des Tollerischen Vorwurfs bald gefanglich, bald rezitierend behandelt, der Musik, Weg und Ziel aus dem Tere nimmt, dann wieder nur ganz lauter Worte über freier tonlicher Entwicklung verstreut. Plastisch und padend der erste Teil besonders, mit seinem monotonen Motto, den gegenwärtlich freilebenden Hassen, am eingänglichsten vielleicht in der straffen Fassung des „Schwäbchen, der Morgen ist da“: dreiteilige Liedform, Strophenform, klare Struktur. Groß auch manche Steigerung, die meist in der reinen Sphäre des Dreifachzylinder endet, das hier zwar schon gefasste, aber neue Werte hat: „Im Lenge träumt das heilige Lied der Welt.“ Und nun nach all dieser, ganz nach innen gewandten, zergliederten und differenziertesten Kunst die Musik eines, der aus einer Seele singt, die überquillt von der Freude am langlichen Wohlfühlen, dem Sühnung einer gefunden und kraftvollen, allem Zerfließen abholde Grotte: Hermann Jählers „Aus dem Hohenlied Salomons.“ Eine Welt trennt dieses Werk von den vorhergehenden. Nicht mehr der drei troh seufzer „Wiederholung“ doch laudbare Stil eines vorwiegend nach innen gerichteten Schauens, vielmehr ein hohes, emphatisches Ausgehen in den beiden Stimmen, den vier Streichern und dem Klavier. Festend das alles in der Wohl seiner Klangmittel, auch in seiner formen Gestaltung der Variationen. Es erübrigt sich eigentlich zu sagen, daß Ernestine Järber-Strasser und Wilhelm Gutmann in Experten waren, die das Schwierige der Materie ganz durchgeistigt hatten, daß Paul Schramm in Festerklärung Bestes gab und das Benz-Duaretti dem Jählerschen Werk hohen Schwingung verlieh. E. G.

Frühling eines Jungen! Ein Sonnenstrahl fand meine Hand diesen Vormittag, als sie selber eingriff in das Hebelwerk meiner Drehbank.

Reiner? Nun, ich stehe schon seit Herbst daran. Sie ist wirklich gut. Manchmal dachte ich schon: sie wüßte um die niedrigen Akkordpreise. Sie laßt dann — — —

Aber abends quillt Haß auf. Beim Lampenschein, über Bücher gebeugt, traumdurchschreitend andere Lande.

Dann Fluch: gefettet an kalter Maschine! Draußen stürzt Sonnenstut schon auf Gefilde — bei mir: 4000 Stück pro Schicht — und kaum Zeit zum Frühstück bei Delgant.

Wenn man Jackie Coogan gewesen wäre. Aber so — — —

Wein Kollege neben mir, der junge Thüringer, will wieder auf Wanderschaft! — — —

Aber ich kann nicht mit, kann nicht fort von meiner Drehbank. Nicht etwa der plunbigen Zwelffennigzulage wegen, die mir der Meister versprochen — — —

Ich kann nicht fort! Vielleicht liegt es in den Griffen verborgen — daraus Wert wächst — — —

Richt mir, nicht uns!

Aber mich überwältigt der Gedanke: Arbeit! Kann man Arbeit lieben, die nicht für sich selbst wird?

Ja!

Draußen wird Frühling sein.

Ich bleibe an meiner Maschine.

Sie soll Frühling werden — — mir — — — uns!

Viele Brüder leben gleiche Qual — — —

D. 3.

Eine Heiratsbewegung unter Nonnen. Japan zählt zurzeit allerlei „Bewegungen“. Die Arbeiter schließen sich zusammen, die Frauen wollen sich emanzipieren, sogar die Priester und der Kaiser (die verachteten Massen) fordern ihre Menschenrechte. Eine ganz merkwürdige neuzeitliche Bewegung hat nun auch die buddhistischen Kreise des Landes ergriffen. Unter der Jodo-Sekte dieser buddhistischen Kirche im Lande haben sich 3000 Nonnen zusammengesetzt und eine Bewegung eingeleitet, die darauf hinausläuft, die Sitte des Zölibats (Ehelosigkeit) aufzuheben. Im März will diese Kirche ihre allgemeine Versammlung in Tokio abhalten; diese dreitausend Nonnen beabsichtigen, ihr diesen Antrag zu unterbreiten. Sie begründen ihre Forderung nicht ungeschickt damit, daß sie das nämliche Recht wie die Priester verlangen; denen ist die Heirat nämlich gestattet. Zu gleicher Zeit fordern sie das Recht, ihr Haar lang tragen zu dürfen. Jedenfalls ist dieser Schritt der buddhistischen Nonnen in Japan die neueste Phase der Frauenbewegung Ostasiens.

In der Volksbühne findet die Uraufführung des von Paul Günther neuinszenierten „Hamlet“ mit G. L. Khas in der Titelrolle Sonnabend 7 Uhr statt.

Aber Darius spielt bei dem im Theater d. d. Königsrüder Straße stattfindenden Festspiel des Wiener Deutschen Volkstheaters die Hauptrollen in Bedenke „Fronzolo“ und Teronies „Unds Ranno“.

Vorrede. Prof. Robert Hiesmann, Leipzig, spricht über „Religion und Gesellschaftsordnung“ am Donnerstag, 8 Uhr, im Büchermuseum, Kochstr. 18, auf Veranlassung des Deutschen Reichsbundes.

Die „Bewegung der Inselreue“ hält in Berlin, Donnerstag und Freitag, eine Tagung ab. Freitag, vormittags 10 Uhr, spricht Dr. Gustav Redel über die „Ebba von Snorre Sturison“ im Gürsal der Universitäts-Bibliothek.

Potsdam und Severing.

Eine Entscheidung des Bezirksausschusses.

Der Potsdamer Bezirksausschuss hat heute in der Lage des Magistrats Potsdam gegen die Stadtorordnetenversammlung wegen Beanstandung des Stadtorordnetenbeschlusses vom 12. Dezember 1924, in dem dem Oberbürgermeister Kaufschert das volle Vertrauen der Stadtorordnetenversammlung ausgesprochen und dem Minister des Inneren Mangel an Achtung der Selbstverwaltung und Uebergriffung seiner Befugnisse vorgeworfen wird, folgendes Urteil gefällt:

Die Beanstandungsverfügung ist aufzuheben. Der Klage der Stadtorordnetenversammlung wird stattgegeben. Gründe: Zunächst ist fraglich, ob die Beanstandung zulässig war. In diesem Punkt hat sich der Bezirksausschuss der Klagerin nicht anschließen vermocht. Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind solche Beschlüsse der Stadtorordnetenversammlung nicht zulässig, die einen positiven Charakter nicht haben. In diesem Sinn hat sich der Bezirksausschuss vor einiger Zeit gegen die Zulässigkeit eines Beanstandungsverfahrens ausgesprochen. Der Minister hat angeordnet, daß an dem Tage der Verfassungsfeier die städtischen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen wären, und der Magistrat hatte das abgelehnt. Dieser Beschlüsse wurde vom Oberbürgermeister beanstandet, und der Magistrat hatte sich dem versagt, was von außen an ihn herangetreten war. Hier handelt es sich nicht um einen negativen Beschlüsse. Hier ist die Versammlung ohne vorherige Befassung mit der Frage aktiv gegen die Entscheidung des Ministers vorgegangen. Darum ist die Beanstandung auch formell zulässig. Unerheblich ist es, daß der Beschlüsse ausgeführt war. Der Beschlüsse ist in seiner Ausdrucksweise lebhaft gefaßt. Der Bezirksausschuss macht sie sich nicht zu eigen. Der sachliche Inhalt des Beschlusses war von Amts wegen nachzuprüfen. Es mußte bejaht werden, daß die Versammlung befugt war, sich mit der Angelegenheit zu befassen.

Es brauchte nicht eingegangen werden auf das Berliner Beispiel mit dem Schicksal des früheren Polizeipräsidenten v. Jagow, mit dem sich die Berliner Stadtorordnetenversammlung ebenfalls befaßt hat. Es genügt vollkommen, festzustellen, daß schon bei Polizeianglegenheiten die Stadtorordnetenversammlungen gewisse Befugnisse haben müssen, weil die Stadt als Trägerin der Polizeifunktionen finanziell interessiert ist und weil sie nach dem Tumultuösgesetz darüber gemacht werden kann. Des Bürgers Wohl und Wehe und der Frieden in der Stadt gebieten zum Aktes der Aufgaben einer Stadtorordnetenversammlung. Sie kann an ihrer Wahrnehmung nicht gehindert werden. Auch die Rüge, die gegen den Oberbürgermeister Kaufschert ausgesprochen wurde, kann die Versammlung nicht laß lassen.

War die Versammlung befugt, sich mit der Angelegenheit zu befassen, dann mußte auf die Sache selbst eingegangen werden und dann muß man zurückgreifen auf den Erlaß des Ministers des Inneren und das Schreiben, das der Oberbürgermeister an den Minister gerichtet hat. Der Bezirksausschuss steht auf dem Standpunkt, daß der Minister nicht befugt war, eine Mißbilligung auszusprechen. Der Oberbürgermeister ist ein Beamter der Selbstverwaltung. Der Staat hat ihr gegenüber nur die Rechte, die im Gesetz festgelegt sind. Diese Rechte sind im Disziplinargesetz niedergelegt. Es kann auf Entfernung aus dem Amte, Geldstrafe, Verweis oder Verwarnung erkannt werden. Der Minister hat einen anderen Weg gewählt. Dazu war er nicht befugt. Was die Veröffentlichung des Erlasses betrifft, so würde eine amtliche Veröffentlichung unzulässig sein. Es ist ungeschickliches, aber geltendes Recht, daß persönliche Sachen nicht öffentlich, sondern geheim behandelt werden. Zum Kern der Sache: Es kann dahin gestellt werden, welche Persönlichkeit Beschäftigt ist. Ueber Weltanschauungen kann vor Gericht nicht geteilt werden.

Die Versicherungen von Beschäftigten in der ersatznehmenden Presse verbreitet worden und von den nationalen Kreisen Potsdams als Beleidigungen empfunden worden. Sie haben stark beunruhigt, und dagegen war die nationale Bevölkerung gleichgültig. Der Oberbürgermeister hatte nur die Pflicht, aufmerksam zu machen, daß die Entscheidung des Ministers nicht haltbar wäre. Es ist nicht ersichtlich, warum ein Oberbürgermeister dieses Mittel nicht gegenüber dem Minister anwenden soll. Es ist dem Oberbürgermeister zum Vorwurf gemacht, daß er den Fackelzug nicht angehalten hat. Der Instanzenzug ist eine notwendige Einrichtung der Verwaltung, um ein Nebeneinanderregieren zu verhindern. Aber er muß Ausnahmen erleiden. Es gibt Fälle, wo man sich über den Kopf des Ministers hinweg mit Reichsbehörden in Verbindung setzen kann. Wenn Bittererlehen droht, gibt es keinen Instanzenzug. Der Bezirksausschuss ist nicht zur Ueberzeugung gekommen, daß dem Oberbürgermeister ein Vorwurf gemacht werden kann, sondern daß er durchaus seine Pflicht erfüllt hat. Daraus ergibt sich, daß der Erlaß des Ministers rechtlich nicht haltbar ist und der Beschlüsse der Stadtorordnetenversammlung nicht beanstandet werden kann.

Herriot über den Sicherheitspakt.

Paris, 31. März. (W.M.) Die „Matin“ meldet, hat Herriot gestern der Delegation des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten Mitteilung über den abzuschließenden Sicherheitspakt gemacht, aus der sich der Wunsch der französischen Regierung ergibt, daß Holland als Herr des „Bochs von Limburg“ dem Pakt beitreten soll. Zwei weitere Punkte hätten die besondere Aufmerksamkeit der französischen Regierung in Anspruch genommen: erstens die Tatsache, daß Deutschland sich eine Art Bewegungsfreiheit für die Revision seiner Ostgrenzen vorbehalte, indem es die Eventualität von Schiedsgerichten mit Polen und der Tschechoslowakei vorschlägt, und zweitens die Vorbereitung der Angliederung von Oesterreich. Herriot habe der Delegation eine Mitteilung der britischen Regierung unterbreitet, die gewisse Unsicherheiten aufläre und Polen Garantien geben könne. Der Ministerpräsident habe erklärt, daß er jetzt eine Antwort vorbereite, und daß es ihm nötig erscheine, der deutschen Regierung ohne Zeitverlust eine Antwort zu geben. Er habe auch bestätigt, daß es die Meinung Englands sei, man könne keinen Sicherheitspakt mit Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund schließen. Dies hindere jedoch nicht, den Meinungsaustrausch fortzusetzen. Schließlich werde man auch der Ausdehnung des Sicherheitspaktes auf andere Nationen unter Reform der Schiedsgerichtsverträge zustimmen. Aber in einer Beziehung seien die englischen Absichten festgelegt, indem Großbritannien keine militärische Bürgschaft nur für die Rheingrenze anbiete.

Von zuständiger deutscher Stelle wird nachdrücklich erklärt, daß weder ein neues deutsches Memorandum zur Sicherheitsfrage den Ententemächten übergeben worden ist, noch daß die deutschen Vorschläge neuerdings gegenüber diesen Regierungen erläutert worden seien. Zu der Pariser Drahtmeldung des „Borwars“, die wir heute früh veröffentlicht haben, erklärt man, daß in den letzten Tagen ein Gespräch des Außenministers Stresemann mit dem französischen Botschafter in Berlin zur Sicherheitsfrage nicht geführt worden sei. Herriot und Chamberlain haben, der erste gestern im Kammerausschuss für Auswärtiges, der andere in seiner Unterhausrede, den gleichen Tatbestand bestätigt, und eine Reuter-Meldung unterstreicht nochmals, daß die Aufzählung der deutschen Vorschläge in der Unterhausrede Chamberlains seitdem eine Bereicherung nicht erfahren haben. Chamberlain habe auch ausdrücklich geäußert, daß die nächste Phase in diesen Verhandlungen wohl die Beratung der Alliierten darüber sein werde, ob und wie Deutschland zu einer Erläuterung seiner Vorschläge aufgefordert werden solle.

Der Pechvogel.

Einige nicht neulich durch die Presse die Geschichte jenes armen Kerles in Paris, der aus einem Bäckereibetrieb einen Kuchen kaufte, was drei Tage Hungers schon erklärlich machen können, prompt festgenommen und abgeführt wurde, und als er dann wenigstens vom Kuchen essen wollte, in eine eiserne Klatze gepackt wurde, solche Sachen passierten in Berlin auch. Freilich war die bewusste Angelegenheit nicht so schmerzhaft, sie kostete aber vierzig Mark Strafe und eine große Enttäuschung. Der junge Herr S., ein blühender und fester Bursche, der (von wegen Eitelkeit) doch hoffentlich nicht diese Zeitung in seine reichberingten Finger bekommt, hatte kein Geld und, worüber er besonders untröstlich war, nichts zu rauchen. Für seinen Chef holt er Zigarren, denkt sich dabei, ein unbezahltes Päckchen Zigaretten weniger wird den Händler nicht pleitemachen, läßt also eine Packung mitgehen und ist müde, wie er auf der Straße keinen Tabak drin findet. Den wirft er weg, sich selber seiner Mutter voll Reue an den Hals — was hilft's: Justitia hat ihn schon.

Die Zuschauer lächeln, die Zeugen lächeln, die Türchliker — überhaupt alle lächeln; selbst der Richter, der gestrenge, tut's ausnahmsweise. Und fragt milde: Wollen Sie die vom Staatsanwalt beantragten vierzig Mark bezahlen? „Selbstverständlich, machen wir!“

Sitzungspolizei und Verteidigung.

Die Strafrechtliche Vereinigung der Berliner Anwälte hatte zu einer Sitzung eingeladen, die zu ihrem Gegenstand die bekannten Vorgänge im Leipziger Tscheta-Prozess hatte. Wie erinnert, wurde der Verteidiger Dr. Samier, der trotz der Wortentziehung weiter sprach, vom Vorsitzenden aus dem Saale entfernt. Rechtsanwalt Dr. Halpert stellte zu Beginn seiner Ausführungen die Tatbestände fest und konstatierte, daß der Reichsjustizminister, der oberste Hüter der Rechtspflege, sich auf die Seite des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, Dr. Riebnor, geschlagen habe. Er hat im Reichstag kurzerhand erklärt: „Der Vorsitzende hatte das Recht, diese Hemmnisse zu überwinden.“ An der Hand des Gesetzes zum Schutze der Republik, des Gesetzes über den Staatsgerichtshof, an der Hand der Gerichtsverfassung, der Strafprozessordnung, einer Entscheidung des Reichsgerichtes und der Kommissionsberatung bei Schaffung der Strafprozessordnung im Jahre 1877 wies der Referent nach, daß der Vorsitzende nicht das Recht habe, gegen den Verteidiger, der dem Staatsanwalt gleichgestellt ist, Strafmaßnahmen zu ergreifen. Von dem Befehlgeber sei ganz bewußt der Vorsitzende mit solch einem Rechte nicht ausgestattet worden. Ebenfalls darf er dem Anwalt sein Mandat entziehen oder auf dem Wege des Hausrechtes aus dem Saal entfernen. Prof. Dr. Goldschmidt pflichtete den Ausführungen des Referenten bei und nahm auch seinerseits ganz entschieden gegen die Verteidiger Dr. Riebnors Stellung. Nachdem Dr. Thiele gegen die Herabminderung der Würde des Anwaltsstandes Stellung genommen, Dr. Brandt in kurzen Worten Dr. Riebnors Verhalten gegen die Verteidiger durch Tatsachen illustriert hatte und Dr. Weinberg und andere eine rücksichtslose Klärung des Problems gefordert hatten, teilte Rechtsanwalt Dr. Hein einen weiteren Fall von Entfernung eines Anwalts aus dem Gerichtssaal mit. Diesmal war es der Richter, Dr. Dennemann vom Schöffengericht Schöneberg. Justizrat Dr. Hoffstädte hatte in einem Zivilverfahren einen Antrag zu stellen. Als er daran vom Richter gehindert, auf seinem Antrag beharrte, wurde er mit den Worten: „Verlassen Sie das Zimmer, dort ist die Tür“ hinausgewiesen. Justizrat Dr. Hoffstädte leistete dieser Aufforderung keine Folge. Der Richter rief nach dem Justizwachmeister, da zog es der Rechtsanwalt vor, freiwillig den Saal zu verlassen. Die herbeigekommenen Justizwachmeister wurden vom Richter mit den Worten empfangen: „Es ist nicht mehr nötig, er ist von allein gegangen.“ Der Referent erklärte in diesem neuen Falle eine Gefahr für die Rechtspflege. Unter allen Umständen gab es nur eine Stimme, die dafür war, durch eine friedliche Aussprache mit der Staatsanwaltschaft und dem Richterstande die Frone zu klären. Am 6. April d. J. findet zum gleichen Thema eine Sitzung des Berliner Anwaltsvereins statt, zu dem auch die Richtervereinigungen eingeladen sind.

Er zahlt nur mit Wechseln.

Bogen Wechselräuberei wurde der 35 Jahre alte aus München gebürtige Pianohändler Reinhold Boigt von der Kriminalpolizei festgenommen. Seit ungefähr drei Jahren betrieb er in der Sandersstraße 30 zu Neukölln eine Pianohandlung, die bis gegen Ende vorigen Jahres reell geführt wurde. Seit dieser Zeit aber ging es mit Boigt bergab. Er machte umfangreiche Bestellungen, besonders bei kleinen Klaviermachern. Durch eine große Reklame verstand er es, sich in seinem Geschäftsbereich bekannt zu machen. Seinen Lieferanten erzählte er, daß er viele Aufträge für das Rheinland habe, und die Aussicht, vielleicht noch weitere Bestellungen zu erhalten, veranlaßte die Leute, Wechsel anzunehmen. Die Wechsel stellte er teilweise selbst aus, rief sich dann von der Straße irgend jemand herein und ließ ihn gegen Entgelt von 5 Mark den Wechsel akzeptieren und unterschreiben. Wenn die Lieferanten später diese Wechsel einlösen wollten, erwies es sich, daß sie völlig wertlos waren. Nach den bisherigen Feststellungen der Kriminalpolizei hat Boigt über 60 000 Mark Wechselshulden. Wahrscheinlich wird sich die Summe aber noch erhöhen, sobald seine Gläubiger von seiner Festnahme erfahren. Die gefestigten Klaviere verkaufte er sofort zu so niedrigem Preise, daß er damit jede Konkurrenz aus dem Felde schlug. Die Kriminalpolizei ermittelte Boigt in einem Gasthof in Friedrichshagen. Sein Gepäck, das er bei sich hatte, ließ darauf schließen, daß er flüchten wolle. Mitteilungen von weiteren Geschädigten nimmt die Kriminalpolizei, Dienststelle C 7 im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstr. 30/31 entgegen.

Verhaftung von Falschmünzern.

Bei der Herausgabe von falschen Geldscheinen wurden am vorigen Mittwoch in Potsdam zwei Männer festgenommen, die keine Geschäfte aufsuchten und geringe Einkäufe mit Falschscheinen bezahlten. Sie wurden festgenommen als ein Kaufmann Erich Mathis und ein Kaufmann Willy Mathis, die zusammen in der Dahlmannstraße zu Charlottenburg wohnen. Bei ihnen fand man für 3500 M. gefälschte Fünfsrentenmarktscheine. Sie leugneten, die Fälschungen auch selbst hergestellt zu haben. Die von Potsdam aus benachrichtigte Falschgeldkommission ermittelte die Wohnung der Verhafteten, land aber dort nichts mehr. Sie stellte jedoch fest, daß ein dritter Bruder in dem Atelier des Kaufmanns in der Rosenheimer Straße gewesen war und es mit einem Koffer verlassen hatte. Endlich ermittelten die Beamten auch die Wohnung des Oskar Mathis in der Brangestraße und nahmen dort auch ihn fest.

Beim Spielen überfahren und getötet wurde die zehnjährige Schülerin Johanna Zimmer aus der Seeburger Str. 22 in Spandau. Im Eifer des Spielens mit anderen Kindern überfuhr die Kleine einen Kraftwagen, überhörte auch die Warnungssignale und geriet unter die Räder, die ihn den Kopf zermalmeten. Der Wagenführer wurde von der Kriminalpolizei nach seinem Verhör und der Zeugenernehmung wieder entlassen, weil ihn keine Schuld trifft.

Die erste Ausstellung des Arbeiter-Radioklubs in den Sophienhöfen, Sophienstraße, die ursprünglich nur bis Montag gedacht war, ist auf vielseitigen Wunsch der arbeitenden Amateure bis auf Mittwoch abend verlängert worden. Auch Staatssekretär Dr. Brendow vom Reichspostministerium und Vertreter anderer Behörden haben gesehen die ausgestellten Arbeiten besichtigt. Die Ausstellung ist geöffnet von 5 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends.

Schutz der jüngsten Jugend.

Eine wichtige sozial-hygienische Tagung veranstaltete unlängst in München die Deutsche Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Prof. v. Pfandrolf-München sprach über das Thema „Klinik und Fürsorge“. Seine Ausführungen überschrieben. Er hob den Massenpflegeschaden hervor, der in den Anstalten sich zeigt, in denen die Säuglinge und Kleinkinder betreut werden. Er stellte den „Anstaltskindern“ die „Hauskinder“ gegenüber und teilte auf Grund von mehrjährigen Beobachtungen in seiner Klinik beachtliche Resultate mit. Nach seinen Statistiken war nämlich die Sterblichkeit der Anstaltskinder bei Diphtherie und bei Masern zwei- bis dreimal so groß wie bei den Hauskindern. Aus dieser an sich interessanten Statistik darf man nun aber nicht folgern, daß die Anstalten, in denen Säuglinge und Kleinkinder sich befinden, noch Möglichkeit geschlossen und neue derartige Einrichtungen nicht geschaffen werden sollten. Kein, in den Säuglingsheimen und Kinderkliniken befinden und befinden sich stets zahlreiche Kinder, die in ihrer Keimanlage geschädigt sind, viele, die aus tuberkulösen Familien stammen, viele, die Epileptiker- oder Säuglingsfamilien angehören. Die außerordentlich offenen Zustuhörungen Pfandrolfs verdienen in dieser Hinsicht Würdigung, man darf aber nicht voreilig aus ihnen abwegige Schlüsse ziehen. Not tun gerade für die jüngste Jugend besonders gut eingerichtete Anstalten, die in hygienischer Beziehung vollkommen einwandfrei sind, möglichst viele kleine Räume besitzen, gute Absonderungsmöglichkeiten bieten und ein Pflegepersonal aufweisen, das nach Zahl und Ausbildung völlig allen Ansprüchen genügt.

Zweck Herabminderung der Unehelichensterblichkeit — auf diesem Arbeitsgebiet ist noch viel zu vollbringen — empfahl Prof. Klog-Lübeck eine Erhöhung des Stillgeldes. Städt. Medizinalrat Dr. Wendenburg-Greifswald machte Vorschläge zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge und allgemeinen Volkswohlfahrtspflege. — Prof. Seip-München schlug die Organisation einer bayerischen sozialhygienischen Landeszentrale vor. Medizinalrat Dohrn-Hannover sprach über den Dienst der Gesundheitsfürsorgern. Ganz tragisch ist dieser sehr schwer und die in diesem Berufe tätigen Frauen bedürfen selbst einer gewissen fürsorglichen Betreuung, wenn sie nicht körperlich Schäden leiden sollen. In vielen Städten, namentlich aber auch in manchen Landkreisen, weiß man ihre Arbeit nicht richtig zu würdigen. Das muß anders werden! Freilich wird man Dr. Dohrn wahrlich nicht zustimmen können, wenn er meint, man solle die in Betracht kommenden Stellen möglichst mit jungen Damen besetzen, die aus Faktoren-, Offiziers- und Beamten-Familien stammen. Es erübrigt sich, darüber viel zu sagen. Solche Anstellungen sind ja nichts Neues. Die Fürsorgekräfte aus den Arbeiterkreisen waren aber jedenfalls auch in großer Zahl anderer Meinung. Prof. Engel-Dortmund und Beigeordneter Prof. Dr. Krautwig-Köln sprachen über die Aufgaben des Arztes in der sozialärztlichen Arbeit. Prof. Engel forderte dazu auf, die Ärzte für die Aufgaben in der sozialen Arbeit bereit zu machen, mehr als dies bisher geschehen sei. Hoffentlich bleiben die Erfolge nicht aus, falls man nach dem Engelischen Vorschlag verfährt. Es bestehen manche betrübende Anzeichen in dieser Beziehung; es läßt sich aber allerdings nicht leugnen, daß, namentlich unter der jüngeren Generation der sozialfürsorglichen tätigen Ärzte, mit der Arbeit auch das sozialpolitische Verständnis immer mehr wächst und gewisse Uebelstände doch langsam überwunden werden.

Prof. Krautwig verlangte überall im Reiche, in den Ländern, in den Provinzen und in den Kommunen, selbständige Gesundheitsämter mit sozial-hygienisch vorgebildeten Ärzten als Leitern. Als Verwaltungs- und Fürsorgeärzte wünschte er aus sachlichen Gründen hauptsächlich Ärzte, die namentlich auch die Gemeinden in letzter Zeit nach den nebenamtlich tätigen Ärzten immer mehr besprugen.

Prof. Kott-Berlin sprach über die Sterblichkeit der Säuglinge in den ersten zwei Lebensjahren, die in den ersten drei Lebensjahren, besonders aber am ersten Lebensstage sehr groß ist. Die hauptsächlichste Ursache frühzeitigen Sterbens ist die Frühgeburt, die es gilt zu verhüten. Will man dieses erreichen, so muß man ihre Ursache, die in Krankheiten der Mutter zu suchen ist, ausmerzen. Eine wichtige Aufgabe hiesbei kommt der Schwangeren-Fürsorge zu, die immer weiteren Volkskreisen zugänglich gemacht werden muß. Auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge verlangte Prof. Kott eine Planwirtschaft und zwar sowohl für die offene Säuglingsfürsorge, wie auch für die geschlossenen Anstalten, in denen die Säuglinge gepflegt werden.

Dr. Deglwig-München, berichtete über die Möglichkeit einer umfassenden Vorbeugung gegen akute Infektionskrankheiten. Mit rein hygienischen Maßnahmen ist nichts zu erreichen, weil die Hauptüberträger nicht die Erkrankten während der Zeit ihrer Krankheit, sondern die Krankheitsüberträger, die ohne Wissen von ihrer Infektion und vor dem Ausstreuen eines deutlichen Krankheitsgefühls sich hochinfektiös noch frei unter ihresgleichen bewegen. Man kann nur mit Schutzimpfungen bzw. Serumbehandlungen Erfolge erzielen. Bewährt haben sich die Diphtherie-Schutzimpfungen Gellender, die namentlich in Amerika bei vielen Hunderttausenden mit Erfolg ausgeführt wurden, und die Behandlung mäserrkrankter und mäserrverdächtigter Kinder mit Serum, das von genesenden Menschen, die eben Masern durchgemacht haben, stammt, oder auch mit Serum von erwachsenen Personen.

Der Raubmord in der Autogarage.

Der graufige Raubmord in der Autogarage der Daimler-Werke in der Jagowstr. 34, dem der Wächter Andreas Hochhaus am 1. Oktober 1924 zum Opfer gefallen war, und bei dem es sich um den Raub eines Autos handelte, ist jetzt Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Wegen Mordes und Diebstahls hatte sich heute der 22-jährige Automobilführer Fritz Dürstewitz zu verantworten. Mitangeklagt ist wegen Beihilfe zum Mord und Diebstahl der 20-jährige Automobilführer Kurt Müller. Der erste Angeklagte ist im allgemeinen gefählig und schließt mit großer Kaltblütigkeit und Ruhe die Vorbereitungen und die Ausführung der Tat.

Beim Abbringen von einem fahrenden Autobus kam am 30. März abends vor dem Hause Potsdamer Str. 8 der 64 Jahre alte Kassenbote Franz Grohe aus der Hledersstraße zu Fall und blieb bewußtlos liegen. Der Verunglückte wurde zur Rettungsstelle 2 gebracht, wo der anwesende Arzt eine leichte Gehirnerschütterung und Verletzungen im Gesicht feststellte. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde Grohe von seinen Angehörigen nach seiner Wohnung gebracht.

Sprachenlehre für Professore. In der kommenden Woche beginnen die für das Sommerhalbjahr geplanten neuen Abendkurse für Erwachsene in Englisch, Französisch und Spanisch, sowohl für Anfänger als auch für Vorkurskräfte. Der Unterricht findet wöchentlich einmal abends (8 Stunden) statt und wird wieder im Zentrum Berlin und in Neukölln abgehalten. Anmeldungen: für Neukölln am Dienstag, den 31. März, 7-9 Uhr, im Raum, Richardplatz 14 (Zeitungsannahme), und für das Zentrum in Berlin am Mittwoch, den 1. April, und Donnerstag, den 2. April, 7-9 Uhr, in der Gemeindekanzlei, Gipsstr. 23a (nahe Alexanderplatz und Bahnhof Scharf).

Der Kampf gegen den Alkohol. Der englische Dampfer „Fannie Powell“, der sich mit Alkoholschmuggel beschäftigte, ist von der Prohibitivbehörde beschlagnahmt und die Befahrung verweigert worden. Da der Dampfer sich nicht ergeben wollte, wurde er zuvor beschossen. Mehrere Granaten haben das Schiff schwer beschädigt, doch wurde die Mannschaft nicht getroffen.

2 Arbeiter durch eine Granatenerplosion getötet. Wie aus Mexiko gemeldet wird, ist beim Ausladen eines spanischen Schiffes eine Granatentüte zu Boden gefallen und explodiert. 2 Arbeiter wurden getötet, 6 schwer verletzt.

Gewerkschaftsbewegung

Ins Schwarze getroffen.

In Nr. 147 des „Vorwärts“ (Abendausgabe vom letzten Freitag) berichteten wir über die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in der u. a. festgestellt werden mußte, daß hinsichtlich der Einheitsfrontverhandlungen, die zwischen dem IOB und dem russischen Gewerkschaftsrat gepflogen wurden, der IOB noch keine Antwort auf sein Schreiben aus Moskau erhalten hat. Diese Tatsache ist auffällig, da sich die Moskauer seit Jahr und Tag mit besonderem und verdächtigem Eifer für die Einheitsfront einlegen — wie sie sie auffassen. Selbst in Moskau muß man das Merkwürdige der Situation erfasst haben, daß man den IOB ohne Antwort gelassen hat. Die Moskauer verjachten nun den unangenehmen Eindruck, den ihr Verhalten verursachte, zu verwaschen, indem sie eine Erklärung dafür abgaben, und zwar nicht etwa durch eine direkte Mitteilung an den IOB, sondern durch eine Bahnhofsrede.

Bei uns in Westeuropa wurde es bisher stets so gehalten, daß Abgesandte der Gewerkschaften erst dann redeten, wenn sie von einer beendeten Beratung zurückkehrten. In Sowjetrußland aber wird vorher geredet. Am 27. März — die Vorstandssitzung des IOB war am 20. und 21. März — reiste eine Delegation des russischen Gewerkschaftsrats nach London — nicht nach Amsterdam — zum Zweck von Verhandlungen mit der Delegation des Generalrats des britischen Tradeunionkongresses in der Frage der koordinierten Aktion zur Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. (Bericht der „R. F.“ aus Moskau.)

Die von Tomski geführte fünf Mann starke Delegation sorgte vor ihrer Abreise für eine Begleitung zum Bahnhof durch eine „zweitausendköpfige Menge“, an die Tomski eine Ansprache richtete, wonach die englischen und russischen Gewerkschaften die Einheit sichern werden. Die übrigen Gewerkschaftsländer, zu denen schließlich auch Deutschland gehört, haben die Moskauer mithin nicht auf der Rechnung. Wir sind allerdings daran gewöhnt, daß in Moskau nach 21 Punkten verfahren wird, und zwar ganz besonders auch in der Einheitsfrontaktion. Da ist es denn von einigem Wert, die Fäden aufzuzeigen, die von Moskau aus gespannt werden. Im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts“ (Nr. 151) deuteten wir in zwei Sätzen an, welche Taktik die Moskauer bei den sehr realpolitisch, d. h. „reformistisch“ eingestellten englischen Gewerkschaften einschlagen, um sie auf ihre Seite zu bekommen. Dem Organ der Berliner Filiale ist unsere Aufzeichnung dieser Taktik recht unangenehm. Um davon abzulenken und uns zu verdächtigen unterstellt uns das die Lüge als Kampfmittel gebrauchende Bolschewistenblatt schon in der Ueberschrift etwas, wovon keine Rede sein kann: wir seien um den Kapitalprofit besorgt. Der „Vorwärts“ sei nicht mehr imstande, proletarisch zu denken, er fenne nur noch kapitalistisch denken.

Nicht, was kommt dabei für die Interessen des Proletariats heraus, sondern wieviel „verdient“ oder verliert das deutsche oder kontinentale Kapital bei einer Gewerkschaftseinsparung das ist für den „Vorwärts“ und seine Kumpane die Frage.

Verlegenheit und Aerger müssen schon einen ziemlich Umfang bei der „Roten Fahne“ erreicht haben, wenn sie ihren Lesern solchen Koff vorzieht. Das Proletariat eines jeden Landes und das Proletariat in allen Ländern hat ein großes Interesse daran, der Arbeitslosigkeit in seinen Reihen zu begegnen. Dieses „reformistische“ Bestreben wird natürlich je nach dem Grade der

Arbeitslosigkeit zeitweilig in den einen Lande mehr oder weniger hervortreten als in dem anderen. Für die „Weltrevolution“ ist es allerdings vorteilhafter, wenn das Arbeitslosentend riesengroß ist, als wenn es weniger umfangreich ist. Das hat die KPD in Deutschland auch bei den Wahlen am Sonntag wieder erfahren müssen.

Aber auch durch noch so hanebüchene Schimpfereien gegen den „Vorwärts“ lassen wir uns nicht abhalten, die Unterschiede aufzuzeigen zwischen einer wirklichen Einheitsfrontbewegung und einer Einheitsfrontmache. Die Nichtbeantwortung des Schreibens des IOB, die Bahnhofsrede und die Delegation nach England lassen diese Sache erneut erkennen, und trotz aller Schlaubeit und List der Moskauer ist ihre Taktik ziemlich durchsichtig. Wir beurteilen die Einheitsfrontakteure, dieselben Leute, die die Einheitsfront zerstört haben, nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten.

Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft.*

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben: Unter obiger Ueberschrift brachte der Reichslandbund (Nr. 11) eine Notiz, in der behauptet wird, daß kein Grund vorliegt, gegen die Beschäftigung von 129 870 ausländischen Arbeitern (1924: 120 390) zu polemisieren. Im Zusammenhang damit wird darauf verwiesen, daß heute noch rund 100 000 ausländische Industriearbeiter in Deutschland tätig sind, und behauptet, daß die Sozialdemokraten gegen diese Beschäftigung von Ausländern noch nie „nationale Bedenken“ geltend gemacht haben.

Die letztere Bemerkung ist dumm und unrichtig zugleich. Die 100 000 ausländischen Industriearbeiter sind nämlich zumeist deutschstämmige Arbeiter mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Es sind Deutsche aus der Tschechoslowakei (38 615), aus Holland (14 584), Polen (8811), Oesterreich (6448) usw. Es bleibt also dem sich national gebührenden Reichslandbund vorbehalten, gegen unsere deutschen Stammesbrüder aus den Grenzregionen häßliche Bemerkungen zu machen. Diesen deutschstämmigen „Ausländern“, die sich zumeist in das deutsche Staatsleben völlig eingebürgert haben (es fehlt nur bisher an der offiziellen Einbürgerung), gönnt man nicht die Beschäftigung im deutschen Wirtschaftsleben. Vielmehr denuntziert man sie als Vorkind, um für sich daraus ein Recht abzuleiten auf Beschäftigung möglichst vieler nicht-deutscher ausländischer Arbeiter, weil man sie als billigere und willkürliche Arbeitskräfte besser ausnützen kann.

Fürwahr — eine feine Sorte von „nationalem“ Geißel die im Reichslandbund zum Ausdruck kommt.

Innenfreilich von der Reichspost.

Man schreibt uns: Die Beamten der Befoldungsgruppen I—IV der Postverwaltung sind zum Tragen der Dienstkleider verpflichtet und gehören einer bestehenden Kleiderkasse an. Zur Bestreitung der Kosten für die Beschaffung der Dienstkleider zahlen die Mitglieder der Kleiderkasse zwei Drittel, während die Postverwaltung ein Drittel als Zuschuß leistet. Bis zum Juni 1924 wurde diese Kleiderkasse von der Postverwaltung selbst verwaltet. Erst dem Drängen der Organisationen ist es gelungen, einer immer wiederholten Forderung der Beamtenschaft auf Selbstverwaltung der Kasse zur Durchführung zu verhelfen.

Bei der Wahl des Vorstandes für die Kleiderkasse des Bezirks Berlin wurden nun ausschließlich Mitglieder einer freigewerkschaftlichen Organisation gewählt, die unbedingt fest auf dem Boden der Republik steht. Daß eine derartige Besetzung des Vorstandes der Verwaltung nicht angenehm war, zumal der 1. Vorsitzende nicht etwa auch von den Mitgliedern der Kleiderkasse gewählt, sondern von der Postverwaltung bestimmt wurde und ein höherer Verwaltungsbeamter ist, war vorauszusehen. Eines Tages wurde der Gesamtvorstand außer dem 1. Vorsitzenden seines Postens entbunden und Beschuldigungen gegen die einzelnen Vorstands-

mitglieder hervorgebracht, die einstweilen durch nichts bewiesen sind. Mit der Führung der Geschäfte wurden zwei Beisitzer beauftragt, die beide allein nicht in der Lage waren, die Arbeit zu bewältigen. Es wurde deshalb eine weitere Arbeitskraft angefordert, und der vorläufige Vorstand brachte einen Postfachbesitzer R. in Vorschlag. Dieser Vorschlag wurde von der Oberpostdirektion Berlin abgelehnt, weil R. als überzeugter Republikaner des öfteren Zusammenstöße mit seinen reaktionären Vorgesetzten hatte. Als erschwerend für ihn wurde angesehen, daß er vor Jahren in seiner Eigenschaft als Obmann des Beamtenausschusses in der Bahnräumung der Interessen seiner Kollegen einen Strauß mit der Verwaltung aussuchte hatte. Diese Tatsachen genügten der Oberpostdirektion, einen Mann, der das Vertrauen seiner Kollegenschaft hinter sich hat, abzulehnen.

Alle Beschwerden und Einsprüche, auch beim Reichspostministerium blieben erfolglos. Die Oberpostdirektion schert sich den Teufel darum, ob durch derartige Maßnahmen ungeheurer Schaden entsteht oder nicht, denn die Hauptsache ist, daß es nach dem Willen jener Kreise geht, die nun leider noch in derartigen Verwaltungsstellen sitzen.

Fabrikant oder Handwerksmeister?

Konfitüren, Schokoladen, und Zuckerverwaren werden fast ausnahmslos in Großbetrieben hergestellt. Hin und wieder kommt es jedoch vor, daß Kleinproduzenten in einem Raum ihrer Wohnung minderwertige Konfitüren — oft unter hygienisch nicht einwandfreien Verhältnissen — herstellen und in den Handel bringen. Sind solche Kleinproduzenten als Fabrikanten oder als Handwerker anzusehen? Diese Frage hatte die Kammer 14 des Gewerbegerichts aus Anlaß eines Einzelfalles zu entscheiden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hat mit dem Arbeitgeberverband der Schokoladen- und Zuckerverwarenindustrie einen Tarifvertrag abgeschlossen, der auch die Bezahlung der Lehrlinge regelt. Ein Kleinproduzent, dessen ganzes Arbeitspersonal aus zwei Lehrlingen besteht, zahlt diesen geringere Löhne als in dem Tarifvertrage vorgesehen sind. Einer dieser Lehrlinge klagte unter dem Beistand eines Vertreters des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren auf Zahlung des Tariflohnes. Er berief sich darauf, daß die Herstellung von Konfitüren ein erst in neuerer Zeit entstandener Industriezweig ist, für den es eine handwerksmäßige Betriebsweise und eine Innung nie gegeben hat und auch jetzt nicht gibt und daß also der mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossene Tarifvertrag für alle Betriebe gelte, die sich mit der Herstellung von Konfitüren und Zuckerverwaren beschäftigen. — Der Beklagte legte dagegen, er sei angestellter Konditormeister, aus diesem Gewerbe sei die Konfitürenherstellung hervorgegangen, er arbeite selber in seinem Betriebe und unterweise seine Lehrlinge. Er unterstehe nicht dem Tarifvertrage, sondern für ihn gelten die auf die Lehrlingshaltung bezüglichen Richtlinien der Handwerkskammer.

Durch Vernehmung von Sachverständigen und Einholung von Gutachten suchte das Gericht festzustellen, ob hier ein Fabrik- oder ein Handwerksbetrieb vorliege. Nachdem mehrere Termine abgehalten waren, erkannte das Gericht auf Abweisung der Klage. Es erachtete den Betrieb des Beklagten als einen nicht unter den Tarifvertrag, sondern unter die Richtlinien der Handwerkskammer fallenden Handwerksbetrieb. Begründet wurde diese Entscheidung in der Hauptsache damit, daß der Betrieb räumlich und wirtschaftlich nur einen geringen Umfang hat, daß keine maschinellen Einrichtungen vorhanden sind, daß der Betriebsinhaber selber mitarbeitet und die Lehrlinge unterweise.

Verantwortlich für Text: Ernst Reuter; Bildhaft: Arthur Colman; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: R. S. Böcker; Fotos und Druck: Reichspost; Anzeigen: Th. Glöck; Druck: Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O. 68, Lindenstraße 1.

Außer gewöhnlich billig!

BERLIN N.



Ecke Liesenstrasse

Untergrundbhf. Schwartzkopffstr.

Chausseestr. 61-62

Kleider- und Seidenstoffe		Damen-Putz		Damen-Konfektion	
Musseline moderne Muster	Meter 0.68	Visca-Borte in vielen Farben	Meter 0.10	Kasaks in bunten, gemusterten Stoffen	2.50
Foulardine neue Muster, für Kasaks u. Kleider	Meter 1.35	Liscret-Borte 4 farb.	Meter 0.20	Satin-Unterröcke in vielen Farben	3.75
Kostümstoffe schwere Qualität, doppeltbreit.	Meter 1.45	Seidenblüten 12teilig, in vielen Farben	Stück 0.35	Kasaks feine Foulardmuster mit langen Ärmeln	5.95
Reinwollen-Musseline neueste Dessins für Kasaks	Meter 2.65	Stangen-Reiher weiß und schwarz	Stück 0.45	Backfischkleider reine Wolle, in vielen Farben	8.50
Donegal für Kostüme und Mäntel, 140 cm breit.	Meter 2.95	Linonformen neueste Modelle, in Riesenauswahl	Stück 0.75	Covertcoatmäntel mit Biesestepperei an Ärmeln und Taschen	9.85
Reinw. K'garn-Cheviot nat. u. schw. schwere Qua., 170 cm br. Meter	Meter 3.45	Liscret-Hüte moderne jugendliche Form	Stück 2.95	Dunkelblaue Kostüme reine Wolle, ganz auf Futter	19.50
Kunstseiden-Trikot herliche Farben, doppeltbreit	Meter 2.95	Seidenhüte Fanelle mit breiter Bandgarnitur	Stück 3.95	Kasak-Kleider reine Wolle, mit reicher Metallstickerei und langen Ärmeln	19.85
Bastseide imit. naturfarbig	Meter 2.95	Backfisch-Glocken mit reicher Band- und Blumen garnitur	Stück 5.50	Tuchmäntel in vielen Farben	19.85
Damast m. K'-Seide für Jacken- und Mantelfutter, ca. 85 cm breit	Meter 3.45	Fesche Hüte aus la Liscret, fest garnierte Glockenform	Stück 6.75	Reinwollene Tuchmäntel mit moderner Kopfgebarung	25.00
Reinseid. Crêpe de Chine 100 cm breit, Meter	Meter 6.90	Frauenhüte hübsch mit Band garniert, elegante auf geschlagene Formen	Stück 7.85	Sport-Kostüme ganz auf Seide, jugendliche Form	29.50
Gardinen		Herrenartikel		Bettwäsche	
Engl. Tüllgardinen Scheibbreite Meter	0.38	Piquekragen weiß, weich	0.28	Bettflaken fertig genäht	2.45
Engl. Tüllgardinen volle Breite	Meter 0.68	Nosenräger 1a Gummi mit Lederpaten	0.68	Deckbettbezug bunt fertig genäht, zum Knöpfen	5.85
Scheibengardinen, abgepasst	Paar 0.78	Overhemd-Ersatz glatt und gestreift, mit Kragen	0.98	Deckbettbezug mit 2 Kissen weiß, fertig genäht, zum Knöpfen	7.40
Bianche 150 cm breit	Meter 0.98	Reinseidene Selbstbinder viele neue Muster	2.95	Kissen-Inlett fertig genäht	2.85
Halbstores Etamine mit Einsätzen	Stück 2.45	Zephir-Overhemd mit Streif. gef. Füllnetz, 7 Kragen, anpassbar	5.90	Oberbett-Inlett fertig genäht	7.85
Beldecken engl. Tüll	Stück 3.45	Strümpfe, Handschuhe		Weisswaren	
Beldecken Etamine mit Einsätzen	Stück 6.85	Herrensocken Seidenfaser, moderne Straßenfarben Doppels- u. Hochkragen mit modernem Längstreifen	0.95	Bobikragen aus gutem Rippe	0.55
Künstlertgardinen 2 Schale und 1 Querbehang	3.75	Herrensocken Doppelschale und Hochkragen seidensatt. moderne Farb.	0.95	Opalkragen mit Jabot	0.95
Madras für Gardinen, 130 cm breit Meter	4.95	Damenstrümpfe Doppelschale und Hochkragen Karatsende m. Naht neueste Farben	1.10	Crêpe-de-Chine-Kragen moderne Fasern	1.45
Madras-Gardinen 2 Schale und 1 Querbehang	6.85	Damenstrümpfe Leinen imit. farbige mit mod. Aufsatz	1.65	Klöppelspielen für Gardinen, 10 cm breit 1 Meter	0.28
Außerdem größte Auswahl in Gardinen, Möbelstoffen, Teppichen und Läufern		Damenhandschuhe		Gardinen-Einsätze Filzstoff, 10 cm und breiter, Mtr 0.48, 0.18	0.18

Geschäftszeit ununterbrochen von 9-7 Uhr